

DER GRÜNE BOTE



6. JAHRGANG · OKTOBER 1990

DIE GRÜNEN

INTERVIEW MIT DEM BUNDESTAGSKANDIDATEN DER GRÜNEN

Bundeskandidat unserer Region ist Heinz-Ludwig Nöllenburg, aktiver Gewerkschaftler, Gemeinderat in Wiesenbach und seit 1987 als Angestellter im Grünen Bundestagsbüro in Mannheim tätig.

Grüner Bote: Ludwig, Du kandidierst in unserem Wahlkreis am 2. Dezember für den Bundestag. Die GRÜNEN haben im Bundestag sowohl gegen den Einheitsvertrag als auch gegen das neue Wahlgesetz gestimmt. Was haben die GRÜNEN gegen die deutsche Einheit, und haben sie etwa Angst vor der 5 Prozent-Klausel?

H.L.Nöllenburg: Auch wenn es uns kein Herzensanliegen war, weil es beispielsweise mit der weltweit drohenden Klimakatastrophe weitaus wichtigere Probleme auf dieser Erde zu lösen gilt: Grundsätzlich haben die GRÜNEN nichts gegen den Zusammenschluß von BRD und DDR zu einem Staat. Wir haben allerdings ganz entschieden etwas gegen die Einheit, die da jetzt zusammengezimmert worden ist. Anstatt den Umbruch in Europa auch als Gelegenheit für einen Neuanfang in Deutschland zu begreifen, wird der DDR im Hauruck-Verfahren das ebenfalls 40 Jahre alte Korsett der BRD übergestülpt, so als wenn hier alles in Butter wäre. Deswegen haben die GRÜNEN gegen die beiden Staatsverträge gestimmt.

Das Wahlgesetz war ein ganz unverschämter Deal zwischen CDU/CSU und der SPD, so nach dem Motto: Wir geben Eurer DSU einen Freifahrtschein in den Bundestag, und ihr haltet uns die PDS und die BürgerInnenbewegungen vom Hals. Die Verfassungsrichter in Karlsruhe haben die Einwände der GRÜNEN in der Zwischenzeit ja vollauf bestätigt.

Grüner Bote: Die GRÜNEN stehen für die Forderung nach Auflösung der NATO und Abschaffung der Bundeswehr. Kann man angesichts des bedrohlichen Golfkonflikts diese Standpunkte aufrechterhalten? Sind wir durch diesen Konflikt nicht auch bedroht? Sollte sich die Bundesrepublik nicht an der Entsendung von UNO-Truppen an den Golf beteiligen?

- INTERVIEW m. H.L. NÖLLENBURG
- NEUES a.d. GEMEINDERAT.
- GOLF-KRISE · KLIMA · KULTUR
- DISKUSSION GRÜNE-SPD
- FRAUENPOLITIK

H.L.Nöllenburg: Wir sollten an unseren Forderungen festhalten, gerade wegen der gefährlichen Lage am Golf. Die Krise dort hat nämlich zwei Seiten. Die eine ist der Angriff des Irak auf seinen kleinen Nachbarn Kuwait. Die andere ist das Bestreben der USA und ihrer Verbündeten, also auch der BRD, die Gelegenheit zu nutzen, um den Zugriff auf das arabische Öl zu sichern. Das ist doch keine friedliche Absicht. Der Ost-West-Konflikt darf nicht durch eine Nord-Süd-Konfrontation abgelöst werden. Deshalb muß die NATO aufgelöst, die Besatzungstruppen müssen abgezogen werden, die Bundeswehr muß abgeschafft werden - zumindest so wie sie jetzt ist.

Dem irakischen Angriff kann auch mit nicht-militärischen Mitteln begegnet werden. Ein Beitrag, den die Bundesregierung dazu leisten kann, ist beispielsweise der längst überfällige Exportstop für deutsche Rüstungsgüter.

Grüner Bote: Die Ökologie als politisches Thema hat in die Wahlprogramme aller Alt-Parteien breiten Einzug gehalten. Haben die GRÜNEN ihre Schuldigkeit getan? Können sie jetzt gehen?

H.L.Nöllenburg: Das wäre verheerend. In der Einschätzung verschiedener katastrophaler Belastungen unserer natürlichen Umgebung mag ja manchmal Einigkeit mit CDU/CSU/FDP/SPD bestehen. Die GRÜNEN sind aber die einzige politische Partei in diesem Land, die deren Ursache benennt, nämlich die auf Wirtschaftswachstum angewiesene Industrieproduktion kapitalisti-

scher oder "realsozialistischer" Prägung.

Die anderen bieten unzureichende Reparaturen an. Die GRÜNEN sagen als einzige, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Mit ihrem Umbauprogramm für unsere Industriegesellschaft bieten sie entsprechende Alternativen an. Die GRÜNEN sind heute eigentlich wichtiger denn je.

Grüner Bote: Die größten Probleme im Rahmen der "Deutschen Einheit" liegen sicherlich im Bereich der Arbeits- und Sozialpolitik. Werden die Menschen in der ehemaligen DDR Bürger Zweiter Klasse sein?

H.L.Nöllenburg: Fast alle Erwerbstätigen in der ehemaligen DDR machen sich Sorge um ihren Arbeitsplatz, die es nicht tun, sind schon arbeitslos. So läßt sich das Ergebnis jüngster Meinungsumfragen auf den Punkt bringen. Schätzungen gehen von demnächst über zwei Millionen Arbeitslosen aus.

Weil die Lohnerhöhungen in keiner Weise dem Preisanstieg bei Grundnahrungsmitteln und der Wohnungsmiete entsprechen, haben ohnehin viele eigentlich nicht genug Geld zum Leben. Die Arbeitslosen trifft das um so mehr.

Dasselbe gilt für die Rentner und Rentnerinnen. Die bisherigen Rentenerhöhungen sind völlig unzureichend. 660000 Altersrentnerinnen und -rentner liegen derzeit mit ihren Bezügen unter dem Sozialhilfesatz. Das entspricht einem Drittel der Gesamtzahl. Ja, sehr viele Menschen in der ehemaligen DDR sind heute Bürger Zweiter Klasse. Und niemand kann im Augenblick sagen, wie lange dieser unhaltbare Zustand bleiben wird.



Ungefähr dreißig interessierte BürgerInnen kamen zu dem Diskussionsabend mit den beiden Bundestagskandidaten Heinz-Ludwig Nöllenburg (DIE GRÜNEN) und Gert Weisskirchen (SPD) am 15. Oktober im Bürgerhaus. Die Wiesenbacher GRÜNEN hatten gemeinsam mit dem Ortsverband der Sozialdemokraten dazu eingeladen.

Beide Kandidaten hatten die Möglichkeit, ihre politischen Ziele zu umreißen und sich den Fragen der ZuhörerInnen zu stellen.

H.L. Nöllenburg stellte zunächst fest, daß es neben Gemeinsamkeiten doch wesentliche Bereiche gäbe, in denen sich DIE GRÜNEN und die SPD deutlich unterschieden. Er führte dafür drei für ihn in diesem Wahlkampf wichtige Beispiele an.

In Bezug auf die drohende Klimakatastrophe und mithin aller weiteren ökologischen Probleme unserer Zeit (Luft, Trinkwasser, Böden, Waldsterben usw.) müsse eine konsequente Umweltpolitik gefordert werden:

Reduzierung des Autoverkehrs durch Ausbau des ÖPNV, Verschärfung der Abgasvorschriften für die Industrie, drastische Energiesparmaßnahmen, sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie. Die Erde verträge die auf Wirtschaftswachstum festgelegte Industrieproduktion nicht länger. DIE GRÜNEN hätten schon 1986 ein ökologisches Umbauprogramm für die Industriegesellschaft vorgelegt.

Nachdem der Warschauer Pakt praktisch nicht mehr existiere, müsse auch die NATO aufgelöst werden. Das solle selbstverständlich einhergehen mit dem Abrücken aller fremden Truppen aus Deutschland, nicht nur der Sowjetarmee. Eine neue Friedensordnung in Europa komme letztlich auch ohne die Bundeswehr aus, zumindest in ihrer jetzigen Form. Darüberhinaus sei es wichtig, daß sich Europa nicht seinerseits in einen neuen Militärblock entwickle. Der Ost-West-Gegensatz dürfe nicht in eine Nord-Süd-Konfrontation übergehen.

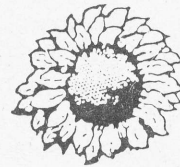
Untersuchungen zeigten, daß das soziale Gefälle in Deutschland sehr groß sei. Vor allem alte Menschen und Langzeitarbeits-

weiter Seite 6



WIR REDEN VOM KLIMA

Alle reden von Deutschland, wir reden vom Klima. Vor wenigen Tagen hat die Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" ihren dritten Zwischenbericht vorgelegt. Für die GRÜNEN IM BUNDESTAG arbeitet der Abgeordnete Wilhelm Knabe aus Mühlheim an der Ruhr in diesem Gremium. Wilhelm Knabe ist von Beruf Diplom-Forstwirt. Heinz-Ludwig Nöllenburg führte mit ihm das folgende Gespräch für den GRÜNEN BOTEN. Am 9. November wird Wilhelm Knabe in Neckargemünd mit dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission, dem hiesigen CDU-Bundestagskandidaten Bernd Schmidbauer MdB, eine öffentliche Diskussion über die drohende Klima-Katastrophe und die notwendigen Gegenmaßnahmen führen.



Grüner Bote: Alle reden von Deutschland, was macht das Klima? Wie ernst sind die Veränderungen in der Erdatmosphäre denn nun wirklich?

W. Knabe: Die Klimaänderungen stellen eine echte Bedrohung dar. Wir können das nicht länger ignorieren. Die Frühjahrsorkane in Europa, die anhaltende Trockenheit in der Sahel-Zone, Dürren in Nordamerika und überraschende Regenstürze an verschiedenen Stellen zeigen echte Veränderungen an. Wir müssen wirklich was tun!

Grüner Bote: Du arbeitest für die GRÜNEN IM BUNDESTAG in der Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre". Was sind bisher die wichtigsten Arbeitsergebnisse dieser Kommission?

W. Knabe: Herausgekommen ist nach intensiver Anhörung der internationalen wissenschaftlichen Fachwelt: 1. Die Konzentration von FCKWs in der Stratosphäre ist drastisch angestiegen. Diese Spurengase bedrohen und zerstören dort die Ozonschicht. 2. Auch Koh-

lendioxid, Methan und andere "Treibhausgase" belasten die Lufthülle unserer Erde immer mehr. Die Temperatur steigt an. 3. Eine ganze Palette von Maßnahmen, die darauf warten, umgesetzt zu werden. Und da hapert es.

Grüner Bote: Der Vorsitzende der Enquete-Kommission, Bernd Schmidbauer MdB, kandidiert hier für die CDU zur Bundestagswahl. In seiner Einschätzung der Klimaverhältnisse auf diesem Globus ist er doch den GRÜNEN recht nahe. Zieht er auch dieselben Konsequenzen für die Umweltpolitik?

W. Knabe: Bernd Schmidbauer hat in der Kommission die ernste Bedrohung unserer Erde erkannt. Er ist der Wirklichkeit recht nahe, das mag wie eine Nähe zu den GRÜNEN in dieser Frage aussehen. Er vermag aber nicht am Wachstumsdogma seiner Partei zu rütteln, und auch das drängende Problem des zunehmenden Autoverkehrs bekommt er nicht in den Griff.



Aus dem Gemeinderat

Landrat zurückgewiesen

Bei seiner Sitzung am 12. September hat der Gemeinderat einstimmig das Ansinnen des Landrats zurückgewiesen, das Einsammeln und die Abfuhr von Abfällen aus der Hoheit der Gemeinde an den Landkreis zu übertragen. Die gesetzlich vorgeschriebene Zuständigkeit des Landkreises für die Abfallverwertung bleibt von diesem Beschluß unberührt. Der Vorschlag des Landrats hätte es der Gemeinde unmöglich gemacht oder erschwert, weiter eigene Initiativen zur Müllvermeidung zu ergreifen. Außerdem hätte er die zentrale und einheitliche Festsetzung der Müllgebühren beim Landratsamt bedeutet. Die Wiesenbacher Bürgerinnen und Bürger wären dann beispielsweise mit den Weinheimerinnen und Weinheimern in denselben Gebührentopf gesteckt worden, die pro Kopf ein vielfaches an Müll produzieren. Der Gemeinderat sah gerade darin einen Schlag gegen alle, die bewußt Abfall vermeiden wollen.

Gemeinderat Nöllenburg brachte seine Freude über diesen gemeinsam gefaßten Beschluß zum Ausdruck. Er erinnerte daran, daß er schon vor der Sommerpause im Gemeinderat diese Argumente gegen die Pläne des Landrats vorgebracht habe, seinerzeit aber kein positives Echo habe feststellen können.

Hornberger Schiessen

Wie das berühmte Schiessen in Hornberg endete die erneute Beratung des Gemeinderats über die Aufnahme von Kontakten zu Gemeinden in der ehemaligen DDR.

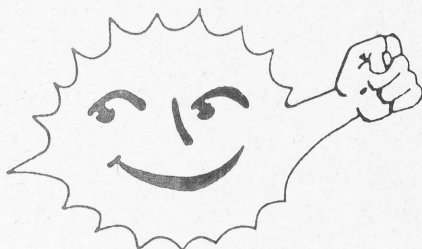
Die bestehende Beschlußlage gegen eine offizielle Kontaktaufnahme mit der thüringischen Gemeinde Prittitz wurde aufgehoben. Die CDU-Fraktion zog allerdings ihren auf einen solchen Kontakt hinzielenden Antrag zurück.

Die GRÜNEN hatten vorgeschlagen auf offizielle Kontakte zu einer bestimmten Gemeinde ganz zu verzichten, weil solche besonderen Beziehungen nach dem Anschluß der DDR keinen Sinn mehr machten.

Alleingelassen

Überrascht war die Delegation des Wiesenbacher Gemeinderats bei ihrem jüngsten Besuch in Donnery, als Bürgermeister Cotteray bei der gemeinsamen französisch-deutschen Ratssitzung die Golfkrise ansprach. Er brachte das Gefühl zum Ausdruck, daß viele Franzosen und Französinnen sich von ihrem deutschen Verbündeten alleingelassen glauben, weil die Bundeswehr nicht gemeinsam mit der französischen Armee an dem Truppenaufmarsch gegen Saddam Hussein teilnehme. Einige Wiesenbacher Räte gaben Bürgermeister Cotteray recht. Erstaunlich viele versuchten allerdings in Gesprächen mit ihren französischen Kolleginnen und Kollegen, diese davon zu überzeugen, daß das Grundgesetz einen solchen Einsatz aus gutem Grund verbiete.

(ln)



lose sowie viele Alleinerziehende seien hier betroffen. DIE GRÜNEN forderten seit langem eine Grundsicherung von 1200 DM anstelle der unzureichenden und entwürdigenden Sozialhilfe.

Gert Weisskirchen beklagte zunächst unter dem Eindruck der für ihn enttäuschenden Wahlergebnisse in den fünf neuen Bundesländern und Bayern, daß der SPD in Bonn im gesamten Einigungsprozeß zwischen den beiden deutschen Staaten eine sehr undankbare Rolle zugefallen sei. Inhaltliche Auseinandersetzungen in der Politik hätten im laufenden Jahr praktisch nicht stattfinden können, die ganze Situation sei geprägt gewesen

von den sich überstürzenden Entwicklungen und damit einhergehenden Emotionen. Davon hätte Kohl den Nutzen gehabt.

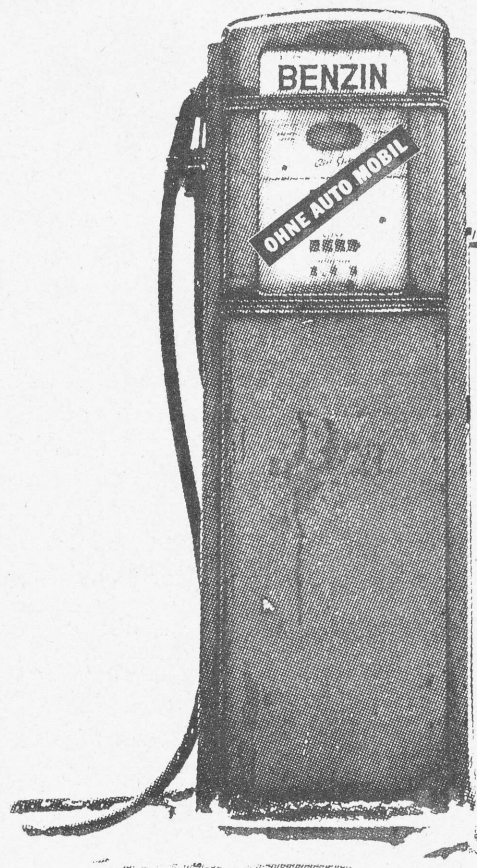
Eine neue Chance für die "Linke" sei praktisch erst wieder gegeben, wenn die Menschen in ganz Deutschland merkten, daß nicht alle gleichermaßen zufrieden im Einheitszug mitfahren könnten. Dann erst kämen politische Ziele wie eine demokratische Erneuerung, ökologischer Umbau und soziale Gerechtigkeit wieder zum Tragen.
(Martin Suske)

Das Abgas eines PKW ohne Katalysator enthält folgende besonders gesundheitsschädliche Stoffe: Stickoxide, Kohlenwasserstoffe (v.a. Benzol, polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe, Dioxine und Furane), Kohlenmonoxid, Kohlendioxid, Schwermetalle (gegebenenfalls Partikel aus Dieselaabgasen).

Das Abgas eines PKW mit Katalysator enthält folgende besonders gesundheitsschädliche Stoffe: Kohlendioxid und Schwermetalle sowie in reduziertem Maße Stickoxide und Kohlenwasserstoffe.

Der Anteil des Verkehrs an den Gesamtemissionen beträgt bei Stickoxiden 60%, bei Kohlenwasserstoffen 48%, bei Kohlenmonoxid 74% und bei Staub 15%.
Allein im Jahr 1988 verursachte der KFZ Verkehr 1.800.000 t Stickoxide (60,7%), 1.275.000 t Kohlenwasserstoffe (51,5%), 6.580.000 t Kohlenmonoxid (73,9%) und 72.000 t Staub (13,4%).

Kinder, Euer Hustensaft...



Grüner Bote: Was tut eigentlich die Bundesregierung zum Schutz der Erdatmosphäre?

W. Knabe: Viel zu wenig. Die Bundesregierung hat in der Energie- und Verkehrspolitik völlig versagt. Sie hat hier nichts unternommen, was dem Ernst der Lage entspräche. Der Forschungsminister hat das Klima-Thema aufgegriffen, der Kanzler will Geld für die Tropenwälder geben. Der Umweltminister will die FCKW-Produktion auslaufen lassen. Sein Antrag liegt noch in Brüssel. Wir sagen, er sollte sofort handeln. Völlig vertan wurde die Chance, im Einigungsvertrag dem Bahnverkehr Vorrang vor dem Auto einzuräumen, und etwa die Tempobegrenzungen der DDR zu übernehmen.

Grüner Bote: Wie sehen denn die wichtigsten Forderungen der GRÜNEN in diesem Zusammenhang aus?

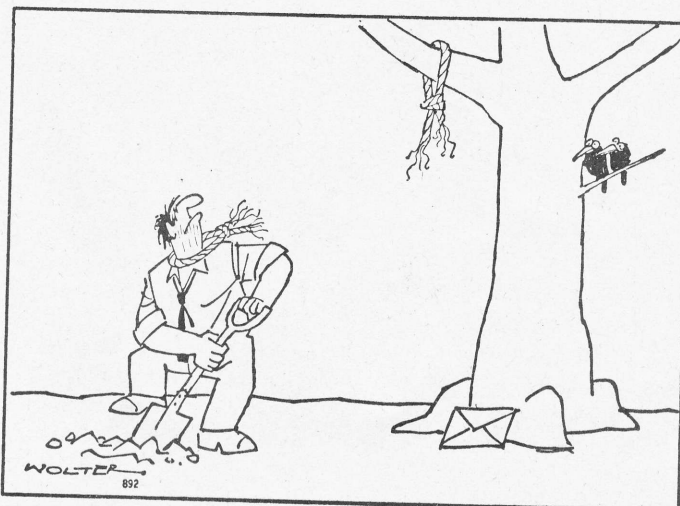
W. Knabe: Wir wollen die Abkehr von der Energieverschwendung. Wir wollen deshalb dezentrale Energieversorgung und keine Energiemonopole. Wir sind für die



Förderung der Nutzung von regenerativen Energieträgern wie der Sonne. Wir müssen die Atmosphäre aber auch vor radioaktiver Verseuchung schützen. Atomenergie ist keine "saubere" Alternative. Bis 1991 können wir den Ausstieg packen, wenn nur die entsprechenden politischen Entscheidungen getroffen werden. Und schließlich: Der Energieverbrauch im Verkehrsbereich wächst am schnellsten. Wir brauchen Benzinverteuerung und Tempo 100 bei gezielter Förderung des ÖPNV, des Fahrrads und des Fußgängerverkehrs. Der Güterverkehr muß weitestgehend von der Straße auf die Schiene und auf das Wasser verlegt werden.

Grüner Bote: Siehst Du eine Möglichkeit, das alles auch durchzusetzen?

W. Knabe: Die Möglichkeit sehe ich durchaus. Das Klima wird uns nicht mehr schlafen lassen. Zur Umsetzung der Erkenntnisse bedarf es allerdings vielfältiger Anstrengungen in allen Bereichen der Gesellschaft. Wir brauchen parlamentarische Mehrheiten genauso wie das Engagement aller Menschen, die sich für diese Erde verantwortlich fühlen.



„Blöder Strick! Dann saufe ich eben Grundwasser!“

DEUTSCHE WAFFEN, DEUTSCHES GELD MORDEN MIT IN ALLER WELT - AUCH AM GOLF!

DEUTSCHE WAFFEN ...

Rüstungsexporte baden-württembergischer Firmen in die Golf-Region waren im September das Thema einer Info-Veranstaltung der GRÜNEN Wiesenbach.

Jürgen Grässlin vom Landesvorstand der GRÜNEN in Stuttgart berichtete als Referent, daß mindestens 50 baden-württembergische Firmen - direkt oder indirekt - Waffen und Rüstungsgüter, sowie zivil und militärisch verwendbare Waren in die Krisenregion Naher Osten geliefert haben.

Die Geschäfte liefen in den letzten zehn Jahren, und zwar sowohl mit dem Irak als auch mit dem Iran. Bei den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staaten kämpften die Armeen auf beiden Seiten mit denselben Waffen. Gewinner sind die Firmen, Verlierer die Bevölkerung der Krisenregionen.

Skandalös ist, daß 95 Prozent der Rüstungsexporte völlig legal ablaufen, mit Wissen der CDU-Landesregierung und teilweise aus deren Haushaltsmitteln gefördert.

In unserer Region sind es mindestens die drei folgenden Heidelberger Firmen, die solche Geschäfte tätigen:

Eltro: Lieferung von Zielgeräten für den Tornado-Bomber, für Leopard- und Roland-Panzer sowie die Waffensysteme Milan und Hot; geliefert an Saudi-Arabien, den Irak, Irak und Israel.

Graubremse: Lieferung von Druckluftbremsen für Daimler-Benz-Lastwagen; durch geringfügige Umrüstung lassen sich die Lastwagen voll militärisch nutzen; geliefert an den Irak, Iran und weitere Staaten der Krisenregion.

Teldix: Lieferung von Navigations- und Steuerungsgeräten für den Tornado sowie die Flakpanzer Roland und Gepard; diese Waffen wurden an Saudi-Arabien

und den Irak verkauft. Der Überfall Iraks auf Kuwait wurde möglich durch den hemmungslosen Export von Rüstungs- und rüstungstauglichem Gerät aus den Staaten, die Krise am Golf heute auch militärisch "lösen" wollen. (USA, GB, F, D, SU)

Die GRÜNEN fordern vom Land den sofortigen Ausfuhrstop für alle Rüstungsgüter und die Offenlegung aller entsprechenden Exportgeschäfte der 80iger Jahre, und zwar unter Nennung der Endabnehmer der gelieferten Geräte und Geräteteile.

Weiter wird eine konsequente Boykott-Politik gegen den Irak gefordert, bis die Unabhängigkeit Kuwaits wiederhergestellt ist.

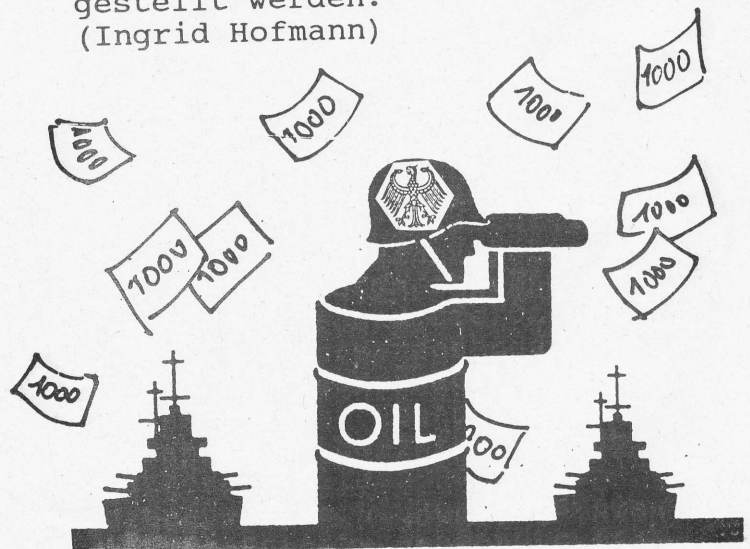
Kriegerische Maßnahmen zu diesem Zweck werden jedoch abgelehnt.

Die GRÜNEN sind gegen jegliche Beteiligung der Bundesmarine an militärischen Eingreifaktionen am Persischen Golf. Sie halten diese für verfassungswidrig.

Die GRÜNEN wenden sich auch gegen jede Unterstützung der US-Intervention über Basen (Ramstein) und Kommandozentralen der US-Streitkräfte (Eucom in Stuttgart) auf deutschem Boden.

Schließlich müssen die für die Rüstungsexporte verantwortlichen Regierungsmitglieder und -beamten sowie die Leitungen der beteiligten Firmen vor Gericht gestellt werden.

(Ingrid Hofmann)



Im Mittelpunkt der Frauenpolitik der GRÜNEN stehen Frauen als eigenständige Personen und nicht Frauen in ihrer "klassischen" gesellschaftlichen Rolle als "Teil" der Familie. Deshalb machen wir feministische Politik, keine "frauenfreundliche Familienpolitik".

Ziel grüner Politik ist, daß Frauen in materieller Unabhängigkeit, in frei gewählten Lebensformen und ohne jede Verletzung ihrer körperlichen Integrität leben können. Deshalb haben wir ein umfassendes **Anti-Diskriminierungsgesetz (ADG)** entworfen, das ein Bündel von über 50 Vorschlägen für Gesetzesänderungen enthält, die sich auf den gesamten Lebenszusammenhang von Frauen beziehen. Eine grundlegende Veränderung der patriarchalen Gesellschaft ist zwar vor allem durch den permanenten Druck der Frauenbewegung und den Kampf jeder einzelnen Frau zu erreichen, trotzdem soll mit dem ADG den Frauen ein Mittel in die Hände gegeben werden, ihre Rechte einzuklagen.

Ein weiteres wichtiges Ziel grüner Politik ist die materielle Unabhängigkeit der Frauen. Frauen verdienen in der Regel 30 Prozent weniger als Männer und sind sozialversicherungsrechtlich oft nur unzureichend oder gar nicht abgesichert. Um diesen Zustand zu ändern, fordern die GRÜNEN die Quotierung aller Erwerbsarbeits- und Ausbildungsplätze von 50 Prozent. Da jedoch Frauen nach wie vor häufig für Kindererziehung und Haushalt allein zuständig sind, streben die GRÜNEN langfristig eine Verkürzung der täglichen Erwerbsarbeitszeit auf maximal sechs Stunden an (mit vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen). So wird es möglich, auch mit Kindern eine volle Arbeitsstelle zu besetzen, samt dazugehöriger Lohn- und Sozialabsicherung. Außerdem treten die GRÜNEN für arbeits-

und tarifrechtliche Absicherung und Sozialversicherungspflicht für Teilzeitarbeit ein.

Zum Recht auf körperliche Integrität und Unversehrtheit gehört für die Frauen nach Meinung der GRÜNEN die ersatzlose Streichung des § 218, Kampagnen gegen die Männergewalt, die Finanzierung flächendeckender Notrufgruppen und autonomer Frauen- und Mädchenhäuser, sowie z.B. Selbstverteidigungskurse für Mädchen im Rahmen des Sportunterrichts, die Aufnahme des Tatbestands der "sexuellen Gewalt" in die Lehrpläne aller Schulen, das Verbot der Herstellung von Pornographie, die den sexuellen Mißbrauch von Kindern zum Gegenstand hat, usw. usf.

Insgesamt betreiben die GRÜNEN also eine Frauenpolitik, die auf Emanzipation und Selbstbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen zielt.

(Renate Röger)



Vereinigungslied

Schatz du hast Tränen im Gesicht
 Obwohl doch die Sonne scheint
 Du liebst mich und ich liebe mich
 Jetzo sind wir zwei vereint
 Deutschen Frauen bin ich treue
 Drum steig zu mir ins Bett hinein
 Lieb mich rasch bevor mit Reue
 Du erwachst bei Tagesschein

Deutsche Bananen deutscher Aldi
 Schweinfleisch und deutscher Wein
 BMW mit goldnem Spoiler
 Alles soll zum Lohn dir sein
 Ins gemachte Bett mit nacktem Hintern
 Du mein Liebchen spring hinein
 Verloren liegt der Stasifriedhof
 Im Schatten der Vergeßlichkeit

Bin ich Kohl und bin ich Kanzler
 Mit Brieftaschen-Sexappeal
 Bin ich dann müd und schlaff der Schwanz mir
 Dann mein Schatz ist aus das Spiel
 Vereint ist vereint, für die Folgen Kleines
 zu zahlen, das ist mir verhaßt
 Wie schön wär es abzutreiben
 Diese unerwünschte Kostenlast

P. Kühn



Veranstaltungen!
 Kabarett Krokodile
 25. Oktober:
 "Reiseieber"
 Neckargemünd Arche
 20" Uhr

 9. November:
 "VORSORGE ZUM SCHUTZ
 DER ERDATMOSPHERE"
 mit W. Knabe
 Arche, Neckargemünd
 20" Uhr

 29. NOVEMBER:
 Podiumsdiskussion zur
 Bundestagswahl 1990
 Veranstalter DGB und
 Kirchengemeinde Wiesen-
 bacher Tal. Arche Ngmnd.
 20" Uhr

 1. 12. 90 ROCKFETE!
 Baumtäl Arche
 Turnhalle
 20" Uhr

IMPRESSUM

IMPRESSUM "DER GRÜNE BOTE"

Zeitung der GRÜNEN Wiesenbach
 V.i.S.d.P.
 Bernhard Hofmann
 Panoramastraße 40
 6901 Wiesenbach

Auflage : 950
 Die Meinung der Autoren stellt
 nicht in jedem Falle die Auf-
 fassung der Redaktion dar.

